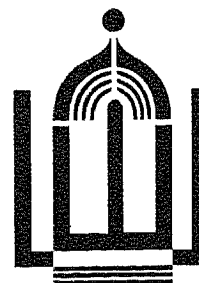


Universität beginnt im Kopf. Die programmatische Bilanz des Gründungsbeauftragten der Universität Erfurt stellt Kernpunkte und Realisierungsschritte des Aufbaukonzepts für eine Universität in den Mittelpunkt, die einen Beitrag leisten soll zur Lösung aktueller wissenschafts- und hochschulpolitischer Probleme. Der Erfolg der Universität Erfurt wird wie der Erfolg aller Reformvorhaben im Hochschulbereich auch davon abhängen, ob die Universität in die Lage versetzt wird, Reformziele aufzugreifen und autonom umzusetzen. Hochschulautonomie und Eigenverantwortlichkeit in diesem Sinne verlangen nach einer entscheidungsfähigen Universitätsleitung und einem professionellen Hochschulmanagement.

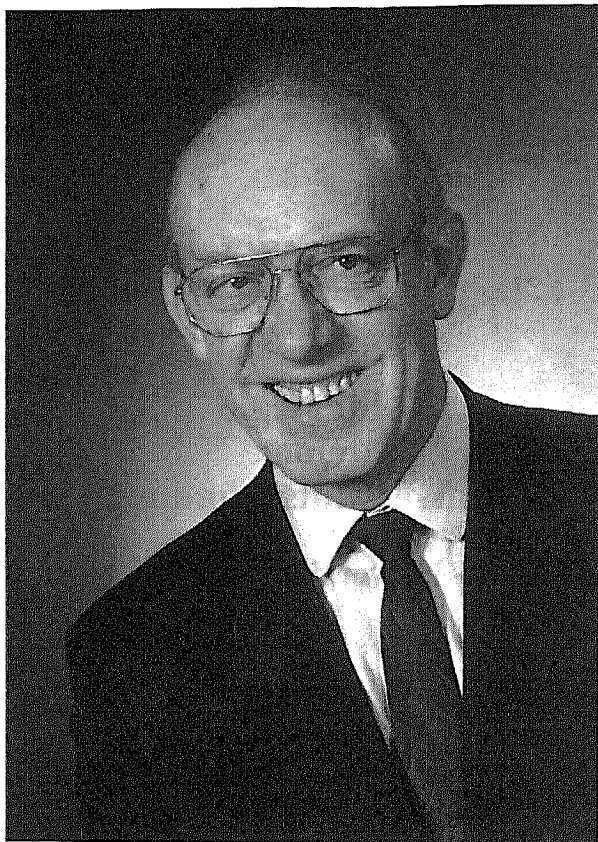


Erfurter Universitätsschriften

Strategie einer Universitätsgründung

UNIVERSITÄT ERFURT

Klaus Dieter WOLFF



Klaus Dieter Wolff
Gründungsbeauftragter der Universität Erfurt
von 1993-1996

Präsident der Universität Bayreuth von 1973 bis 1991; Mitglied des Beirats für Wissenschafts- und Hochschulfragen beim Bayerischen Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst; Vorsitzender des Steuerungsgremiums zum Forschungsprojekt "Optimierung von Universitätsprozessen"; Vorsitzender des Kuratoriums der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau; Vorsitzender des Kuratoriums der Hochschule für Musik "Franz Liszt" Weimar; Mitglied des Steering Committee der EuroFaculty; deutscher Vertreter in der Evaluationskommission der Europäischen Rektorenkonferenz.

Strategie einer Universitätsgründung

- Universität Erfurt -

Klaus D. WOLFF

Vorbemerkung

Anfang November 1996 wird der Gründungsrektor für die Universität Erfurt vom Thüringer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt werden. Damit endet eine Vorbereitungsphase der Universität Erfurt, die in dieser Form bei Universitätsgründungen bisher nicht eingesetzt wurde. Diese Vorbereitungsphase war dadurch gekennzeichnet, daß als erste Aufbaumaßnahme nicht ein Organ der akademischen Selbstverwaltung (Rektor und/oder Senat) bestellt wurde, sondern im Rahmen einer Gründungskommission ein Gründungsbeauftragter, der als eine Art Kurator mit einer dem Ministerium nachgeordneten Geschäftsstelle grundlegende Vorbereitungsmaßnahmen für die Ingangsetzung akademischer Entscheidungsverfahren und universitärer Aktivitäten traf und zugleich die akademische Außenvertretung der rechtlich seit dem 01. Januar 1994 existierenden Universität Erfurt wahrnahm.

In der Zeit der Vorbereitungsphase unter Leitung des Gründungsbeauftragten wurden von 1993 bis 1996 folgende Arbeitsbereiche initiiert, durchgeführt und zum Abschluß gebracht:

- Ausarbeitung eines inhaltlichen Strukturkonzepts,
- Entwurf der Bauplanung,
- Erstellung von Raumprogrammen und Durchführung von Baugenehmigungsverfahren,
- Entwicklung eines Bibliothekskonzepts,
- Beginn des Bibliotheksaufbaus,
- Finanz- und Haushaltsplanung einschließlich der haushaltsmäßigen Sicherung der Ressourcen im Personalbereich für Investitionen und für laufende Sachmittel,
- Ressourcensicherung (räumlich, personell) für die akademische Startphase,

- Entwurf der ersten akademischen Ordnungen (Grundordnung, Promotionsordnung),
- Herbeiführung der Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes,
- organisatorische Grundlegungen.

Damit ist die erste Stufe eines aus Qualitätsgründen für den Aufbau der Universität bewußt gewählten ereignisorientierten Konzepts erfolgreich abgeschlossen. Es bindet auch künftig die Einleitung nächster Schritte an die vorgängige Realisierung dafür jeweils notwendiger planerischer, organisatorischer und materieller Voraussetzungen.

I. Vorgeschichte

Hätte die Stadt Erfurt nicht vor mehr als 600 Jahren den "falschen" Papst um eine Bewilligungsurkunde zur Gründung einer Universität ersucht und wäre diese Universität nicht zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Jahre 1816 geschlossen worden, so wäre Erfurt im heutigen Deutschland die älteste Universität. 1379 stellte Papst Clemens VII. eine Gründungsurkunde aus, doch wurde diese wertlos, als der Erzbischof von Mainz, zu dessen Regentschaft die Stadt Erfurt gehörte, zum Gegenpapst Urban VI. umschwenkte. Die Stadt Erfurt stellte einen zweiten Antrag bei Urban, der am 04. Mai 1389 das Stiftungsprivileg erteilte. Drei Jahre später, 1392, wurde die Universität Erfurt eröffnet.

Ganz vergessen wurde die Universität in Erfurt nie, schließlich werden in der Stadt noch die alten Bibliotheksbestände in einer Sondersammlung bewahrt, darunter die wertvolle Amploniana. Seit 1987 bemühte sich eine Gruppe von Erfurter Bürgern um die Wiedergründung. Eine Interessengemeinschaft "Alte Universität Erfurt" wurde ins Leben gerufen, die am 09. März 1990 einen Aufruf "Für eine europäische Universität Erfurt" veröffentlichte. Zunächst griff die Stadt Erfurt das Vorhaben auf, und der Oberbürgermeister berief eine Kommission ein, die im August 1991 einen Entwurf einer Gründungsdenkschrift vorlegte. Diese Denkschrift orientierte sich an der traditionellen Gestalt einer Universität, verband dies mit dem Anspruch, eine europäische Universität sein zu wollen und baute darauf, daß die Universität in Gestalt einer Stiftung errichtet werden könnte, deren Hauptträger die Bundesregierung und die Europäische Kommission sein sollten. Die Initiative selbst hatte durchaus ihre Wirkung auf Entstehung und Verfestigung des Gründungsgedankens, die Inhalte der Denkschrift hatten jedoch keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung und Gestaltung.

Im Frühjahr 1991 hatte das Land Thüringen den Wissenschaftsrat gebeten, zur Gründung einer Universität in Erfurt Stellung zu nehmen. Gleichzeitig wurde die Hochschulstrukturkommission des Landes unter Vorsitz von Professor Dr. Karl Alewell, Universität Gießen, vom Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst beauftragt, für die Gründung einen Konzept- und Verfahrensvorschlag auszuarbeiten.

In einer Arbeitsgruppe der Hochschulstrukturkommission unter Vorsitz des Präsidenten der Universität Bayreuth, Dr. Klaus Dieter Wolff, wurde eine Empfehlung erarbeitet, die die Rahmenbedingungen für die Gründung kennzeichnete, die konzeptionellen Grundlagen erörterte und einen Verfahrensvorschlag für das weitere Vorgehen der Landesregierung vorlegte. Im einzelnen wurde vorgeschlagen:

- Die Universität mit einem langfristig anzustrebenden Endausbau von 10.000 Studienplätzen zu gründen;
- die Universität als Campus-Universität auf dem Erweiterungsgelände der Pädagogischen Hochschule in Erfurt anzusiedeln;
- der Aufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs zwei sich zeitlich überschneidende Gründungsphasen vorzuschicken, für die ein Gründungs- und Strukturbeirat zu berufen ist, und zwar eine Konzeptionsphase zur Ausarbeitung eines inhaltlichen Konzeptes sowie eine Vorbereitungsphase zur Ressourcengewinnung (Gelände, Bauten, Bibliothek, Personal) für die Realisierung des Konzeptes;
- in ihrer ersten Ausbauphase eine Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche sowie eine Philosophische Fakultät zu errichten;
- in einer zweiten Ausbauphase die Theologie einzurichten, die Aufgaben der Pädagogischen Hochschule in die Universität zu übernehmen und eine Naturwissenschaftliche Fakultät zu schaffen;
- und die Universität nicht übereilt, sondern mit Bedacht zu gründen und im Blick auf die angespannte Situation auf dem Markt der Nachwuchswissenschaftler Berufungsverfahren erst nach 1995 vorzunehmen.

Die Arbeitsgruppe betrachtete die Frage der Fortführung der in Erfurt vorhandenen Medizinischen Akademie nicht als entscheidend für die Gründung der Universität. Keinesfalls sollte die Medizin von Anfang an in die Universität einbezogen werden.

Das Konzept der Philosophischen Fakultät sollte sich nicht mit der Addition traditioneller Fächer begnügen, sondern in Ablösung von der Fixierung geisteswissenschaftlicher Fächer auf Ausbildungsaufgaben sollte die Kulturaufgabe der Geisteswissenschaften vorrangiges Ziel der Lehre und Forschung werden.

Bei der Konkretisierung der wissenschaftlichen Konzeption sollten solche Themen bevorzugt berücksichtigt werden, die sich sowohl fachlichen Desideraten widmen als auch die fächerübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Fakultäten fördern.

Beim Aufbau der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sollte darauf geachtet werden, daß deren Studiengänge nicht isoliert nebeneinander entwickelt angeboten werden, sondern rechtswissenschaftliches Grundlagenwissen und -verständnis in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen vermittelt werden und umgekehrt. Besonderes Gewicht sollte in der rechtswissenschaftlichen Ausbildung auf die Verwaltungswissenschaften gelegt werden.

Zusätzlich nahm die Arbeitsgruppe in ihre Empfehlungen Leitlinien auf, die sich bereits beim Aufbau der Universität Bayreuth bewährt hatten.

Zu den Gründen, weshalb sich die Arbeitsgruppe und die Hochschulstrukturkommission für die Gründung einer Universität in Erfurt ausgesprochen hatten, gehörte auch die Überlegung, daß damit erreicht werden kann, daß sich das Größenwachstum der Universität Jena in Grenzen halten wird, die eine Chance geben für eine fruchtbare wissenschaftliche Arbeit und eine intensive Ausbildung und Betreuung der Studenten.

Die Hochschulstrukturkommission stellte fest, daß über diese Empfehlungen hinaus die Finanzierbarkeit des Thüringer Hochschulsystems gesonderter eingehender Prüfung und Begründung bedarf.

Zu dieser Vorlage gab der Wissenschaftsrat im Januar 1992 folgende Stellungnahme ab:

- Die in Thüringen dem Hochschulsektor zur Verfügung stehenden Mittel sollten in den nächsten Jahren für die Sanierung der bestehenden Hochschulen und den Aufbau der Fachhochschulen eingesetzt werden, so daß Finanzierungsmöglichkeiten für eine Universität Erfurt erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gegeben sein werden.
- Die Beibehaltung von zwei medizinischen Ausbildungsstätten werde die für den Hochschulsektor des Landes Thüringen zur Verfügung stehenden Mittel überfordern. Es sollte daher eine Entscheidung über die Fortführung der Medizinischen Akademie Erfurt herbeigeführt werden.
- Für das Ende der neunziger Jahre zeichnet sich bei der Nachfrage nach Studienplätzen eine Entwicklung ab, die Raum für die Gründung einer kleinen Universität in Erfurt läßt. Für die Gründung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sprechen nicht nur Gesichtspunkte des Bedarfs und der Finanzlage,

sondern ganz wesentlich auch der Umstand, daß dann die Chancen, erstklassige Wissenschaftler nach Erfurt berufen zu können, sehr viel größer sein werden als in den nächsten Jahren. Daher sollte mit der Gründung bis Mitte der neunziger Jahre gewartet werden.

- Die Neugründung sollte durch bewußte Konzentration auf Kulturwissenschaften einerseits und Staats- und Verwaltungswissenschaften andererseits, durch überschaubare Größe und neue Studiengänge ein eigenes Profil gewinnen. Die Naturwissenschaften sollten vorerst nicht eingerichtet werden.

In der Folge dieser Stellungnahme berief die Landesregierung eine Kommission, die sich mit der Frage der künftigen Gestaltung des Umfanges der medizinischen Lehr- und Forschungsstätten in Thüringen befaßte. Die Beratungsergebnisse dieser Kommission mündeten im November 1992 in eine Kabinettsentscheidung, mit der die Auflösung der Medizinischen Akademie Erfurt beschlossen und zugleich der Wissenschaftsminister beauftragt wurde, die erforderlichen Vorkehrungen zur Gründung der Universität in Erfurt zu treffen. Als erste Umsetzungsmaßnahme wurden die Ergebnisse der Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission sowie der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Gründung einer Universität in Erfurt in den im Dezember 1992 festgestellten Landeshochschulplan für Thüringen aufgenommen.

II. Gründungskommission

Das Land Thüringen hat die Empfehlung der Hochschulstrukturkommission des Landes, in einer dem aktiven Universitätsbetrieb vorausgehenden Gründungsphase die Basisentscheidungen für die Gestaltung der Universität vorzubereiten und dabei die für die Aufnahme des Universitätsbetriebs erforderlichen Startressourcen bereitzustellen, voll aufgenommen und durch eine Verordnung vom 09. Juni 1993 die Aufgaben und die Zusammensetzung einer Gründungskommission zur Vorbereitung der Gründung der Universität Erfurt festgelegt. Zusammengesetzt wurde die Gründungskommission aus dem Gründungsbeauftragten, einem Strukturausschuß und einem Organisationsausschuß.

1. Der Gründungsbeauftragte

Die faktische Bestellung des Gründungsbeauftragten war bereits am 01. Februar 1993 erfolgt, an dem gleichen Tag, an dem der Minister für Wissenschaft und Kunst der Öffentlichkeit den Thüringer Landeshochschulplan vorstellte. Die Aufgabe des Gründungsbeauftragten wurde dem früheren (Gründungs-) Präsidenten der Universität Bayreuth, Dr. Klaus Dieter Wolff, übertragen, der auch die Arbeitsgruppe "Universität Erfurt" der Hochschulstrukturkommission geleitet hatte.

Spezifische Vorgaben gab es seitens des Landes nicht, außer daß die von der Hochschulstrukturkommission entwickelten und vom Wissenschaftsrat bestätigten Grundlinien sowie die Aussagen des Landeshochschulplanes zu beachten waren.

Auf dieser Grundlage legte der Gründungsbeauftragte für die Gründungsphase ein Arbeitsprogramm fest, das die in der Vorbemerkung aufgezählten Maßnahmen und Gegenstände umfaßte. Bei der Durchführung dieses Arbeitsprogramms wurde der Gründungsbeauftragte von folgenden Überlegungen geleitet:

- Die Aufnahme des Lehrbetriebs mit grundständigen Studiengängen soll erst erfolgen, wenn durch die Bereitstellung ausreichender materieller Ressourcen dafür gesorgt ist, daß der Anfangsbetrieb nicht von den Zwängen eines permanenten Krisenmanagements geprägt wird. Die in einem solchen Fall zu erwartenden Qualitätseinbußen universitärer Leistung würden nahezu ausschließlich zu Lasten der Studenten gehen und damit eine Minderung ihrer Lebensleistungszeit herbeiführen.
- Will die Universität Erfurt überdurchschnittlich gute Wissenschaftler und überdurchschnittlich gut qualifizierte Studenten an sich ziehen, muß sie überdurchschnittlich gute Arbeitsbedingungen anbieten. Das vornehmlichste Arbeitsinstrument einer geisteswissenschaftlich ausgerichteten Universität ist die Bibliothek. Bis zum Zeitpunkt der Gewinnung von Wissenschaftlern und der Zulassung von Studenten ist daher, unter Berücksichtigung der Bedingungen eines Neuaufbaus, eine funktionsfähige Bibliothek zu schaffen. Gelingt dies, wird diese Rahmenbedingung eine Magnetwirkung in der Personalgewinnung ausüben. Die rasche Funktionsfähigkeit der Bibliothek ist dadurch zu ermöglichen, daß für die Bibliothek vorrangig eine Organisationsstruktur entwickelt, die Leitung der Bibliothek frühzeitig berufen, qualifizierte Mitarbeiter eingestellt, in ausreichendem Umfang Erwerbungsmittel bereitgestellt sowie Planung und Errichtung eines Bibliotheksgebäudes vordringlich vorangetrieben werden.
- Mit der Gewinnung von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern soll dann begonnen werden, wenn einerseits die materiellen Voraussetzungen für Lehr- und Forschungstätigkeiten gegeben und andererseits die wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Grundstruktur soweit geklärt sind, daß damit harmonisierend Personalentscheidungen getroffen werden können.
- Das Gesamtkonzept der Universität sollte so gestaltet werden, daß die Universität Erfurt einen Beitrag zur Lösung aktueller wissenschafts- und hochschulpolitischer Probleme leistet. Als ein Problem wurde definiert die

Vernachlässigung der Studienorganisation, was in Verbindung mit großen Studentenzahlen zu einer Desorientierung der Studenten führt und der ungebührlichen Verlängerung von Studienzeiten Vorschub leistet; weiterhin die Nichtbeachtung des Grundsatzes, daß die in den Fächern und Fakultäten wirkenden fachlichen Entwicklungskräfte einer zentralen Stützung und Koordination bedürfen, um ihre volle Wirksamkeit entfalten zu können. Fachliche Innovationen werden sich bei Ressourcenknappheit nur durchsetzen lassen, wenn obsoletere Aufgaben aufgegeben werden. Die von Gesetzes wegen zwingend vorgeschriebene Zusammensetzung der Entscheidungsgremien, die faktisch Lobbyistenversammlungen darstellen, zementiert das ohnehin auf Fakultätsebene ausgeprägte Beharrungsvermögen und hat im Ergebnis zu einer Auswanderung der Forschung aus der Universität geführt. Ein Desiderat zeitgemäßer Universitätsgestaltung ist daher eine Neugestaltung der Studienorganisation, eine Optimierung und Rationalisierung von Universitäts-handlungen und ihrer Entscheidungsverfahren sowie insgesamt die Stärkung der Identität und Handlungsmacht der Universität gegenüber den Einflüssen von Staat und Gesellschaft.

- Schließlich sollte die Universität Erfurt ein Zeichen dafür setzen, daß die Zukunft der Universität nicht primär in einer Perpetuierung der Massenuniversität liegt, sondern in der Konzentration auf die Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre durch eine Betonung der Gleichrangigkeit von erster berufsqualifizierender Ausbildung und der Durchführung von Forschungsstudien. Die Antwort auf dieses Anliegen sollte in Verbindung interdisziplinärer Spitzenforschung und Graduiertenausbildung die Einrichtung eines Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien als erste Stufe und zugleich Dauereinrichtung der Universität Erfurt werden.

2. Der Strukturausschuß

Für den Vorsitz im Strukturausschuß wurde im April 1993 Professor Dr. Hermann Lübke (Universität Zürich) gewonnen, der neben seinen vielfältigen und umfangreichen wissenschaftlichen Arbeits- und Interessengebieten die Erfahrung des ehemaligen Amtschefs eines Ministeriums (Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen) und die Mitgliedschaft in zahlreichen wissenschaftspolitischen Gremien, darunter auch im Wissenschaftsrat, in die Aufbauarbeit einbringen konnte. Der Strukturausschuß, der im Juni 1993 zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammentrat, wurde aus Vertretern der für Erfurt in Aussicht genommenen wissenschaftlichen Fächer sowie aus Vertretern Thüringer Hochschulen gebildet.

Die Erarbeitung des wissenschaftlichen Konzepts bildete den Kern des Auftrages an den Strukturausschuß. Gemäß diesem Auftrag wurden Vorschläge erarbeitet zu den wissenschaftlichen Fächern und Disziplinen, den Studiengängen, der Schwerpunktsetzung, den Aufbausritten und als Spezialpunkt zur Einbeziehung der Aufgaben der Pädagogischen Hochschule Erfurt.

Da die Ergebnisse der Arbeit des Strukturausschusses die Grundlage für den Antrag des Landes an den Wissenschaftsrat zur Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes bilden sollten, und vorgesehen war, diesen Antrag im Februar 1994 zu stellen, war eine höchst konzentrierte Vorgehensweise in den Beratungen des Ausschusses vonnöten.

Die der Thüringer Landesregierung am 14. Januar 1994 übergebenen Empfehlungen nahmen die Vorgabe des Landeshochschulplans für die Errichtung von 6000 geisteswissenschaftlichen Studienplätzen an der wiedergegründeten Universität auf. Sie orientierten sich weitgehend an dem von der Landeshochschulstrukturkommission vorgeschlagenen fakultären Spektrum.

Die Universität sollte im vorläufigen Endausbau vorerst sechs Fakultäten mit 153 Professuren umfassen. In Modifikation zu den Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission war nunmehr eine Teilung der Philosophischen Fakultät in eine Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft sowie eine Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaft vorgesehen. In letzterer sollte die Evangelische Theologie in Form eines Martin-Luther-Instituts ein speziell kulturwissenschaftliches Profil entwickeln.

Für den Fall einer Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt in die Universität schlug der Strukturausschuß die Errichtung einer Erziehungswissenschaftlichen Fakultät vor. Zugleich empfahl er nachdrücklich, die Übernahme von Aufgaben und Potentialen der PH Erfurt erst dann vorzunehmen, wenn Professuren und Gremien der Universität bereits mehrheitlich besetzt sind.

Kernanliegen der Strukturempfehlungen waren:

a) Die Stärkung des universitären Forschungspotentials durch

- Einrichtung institutionalisierter Funktionseinheiten für Forschungsschwerpunkte
- Ausbringung von Disziplinen mit defizitärer universitärer Repräsentanz in Deutschland (z. B. Bevölkerungswissenschaft) sowie
- "Universitäre Reintegration" von Projektforschung durch Bereitstellung einer institutionalisierten Infrastruktur.

Für letzteres wurde die Einrichtung eines Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien vorgeschlagen, das interdisziplinäre Projektforschung mit der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses verbindet. Das Max-Weber-Kolleg sollte als erste Einrichtung der Universität seinen Betrieb aufnehmen und zugleich konzeptionelle und organisatorische Aufgaben für den Aufbau der Fakultäten leisten.

b) Die Reform der Studienorganisation. Dafür wird

- eine verstetigte und intensive Studienberatung eingerichtet,
- allen geisteswissenschaftlichen Disziplinen curriculare Festigkeit gegeben,
- der Übergang vom ersten in das zweite Studienjahr vom Bestehen einer Zwischenprüfung abhängig gemacht,
- in geeigneten Disziplinen ein qualifizierter Student auch ohne formalen Studienabschluß zum Graduiertenstudium zugelassen,
- wissenschaftlicher Nachwuchs intensiv und so früh wie möglich gefördert,
- die Ausbringung immer neuer verselbständigter Studiengänge vermieden,
- beim Masterexamen und bei der Promotion die Studienfachkombination nicht an die Begrenzung durch Fakultäten gebunden,
- die internationale Sprachenkompetenz aller Studenten gefördert,
- im rechtswissenschaftlichen Studiengang eine Zusatzqualifikation "Europäisches Recht" eingeführt,
- in organisierter Weise für die Steigerung der Qualität der Graduiertenstudiengänge gesorgt.

Die Empfehlungen unterstrichen den eigenständigen Wert einer rein geisteswissenschaftlichen Universität und betonten zugleich die Offenheit des Konzepts für fachliche Erweiterungen in einer späteren Aufbauphase. Das Strukturkonzept entsprach den Rahmenbedingungen von Bedarf und Finanzierbarkeit, mehr jedoch war es Programm: *"Im geisteswissenschaftlich zentrierten Gründungskonzept der neuen Universität Erfurt treten die Geisteswissenschaften nicht aus irgendwelchem Schatten heraus. Sie nehmen vielmehr mit kultureller und näherhin wissenschaftskultureller Selbstverständlichkeit in Anspruch, in Forschung und Lehre eine Universität zentral mitzuprägen und mittragen zu können."*

3. Der Organisationsausschuß

Dem Organisationsausschuß, dessen Vorsitz der Gründungsbeauftragte innehatte, oblag es, Vorschläge auszuarbeiten für die Organisation und die Arbeitsgrundsätze der Universität insgesamt, für die Arbeitsweise der Leitungsgremien der Universität auf zentraler Ebene sowie auf den Fachebenen, für die bauplanerische Gestaltung der Universität sowie die Organisation der Verwaltungsstruktur.

Dieser Auftrag wurde vom Organisationsausschuß so verstanden, daß von der Universität Erfurt ein Beitrag erwartet wird zur Lösung der gegenwärtigen universitären Handlungskrise, die sich unter anderem in Entscheidungsschwäche und Veränderungsabstinenz äußert. Bei seiner Arbeit hat sich der Organisationsausschuß von folgenden Zielvorgaben leiten lassen:

- Gewinn von Flexibilität für neue Entwicklungen. Dies kann dadurch erreicht werden, daß eine ständig fortschreitende universitäre Institutionalisierung nicht zugelassen wird, Mittel und Aufgaben in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht, ein kontinuierlicher personeller Erneuerungsprozeß bei gleichmäßigem Altersaufbau gesichert werden.
- Ständige Bereitschaft, Initiativen gegen Widerstände durchzusetzen und der Neigung zur Anpassung an äußeren und inneren Druck entgegenzuwirken.
- Bereithaltung oder Schaffung freier Ressourcen für Innovation und Entwicklung durch zeitlich begrenzte Zweckbestimmung von Ressourcen.
- Entwicklung eines Bewußtseins für ständigen und zunehmenden institutionellen Wettbewerb im Hochschulbereich.

Der Organisationsausschuß legte besonderen Wert auf die Optimierung von Lehre und Studium. Er beauftragte zur wissenschaftlichen Begleitung seiner Beratungen einen international erfahrenen Gutachter, Professor Claudius Gellert, University of Reading, mit der Erstellung einer komparatistisch angelegten Vorstudie zur Studienorganisation, die als Anlage in den Antrag zur Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis aufgenommen wurde.

III. Einzelne Gründungsschritte

1. Organisatorische Grundlegungen

Für die organisatorische Gestaltung der Universität Erfurt wurde die aktuelle Diskussion um eine neue Organisation der Hochschulen aufgegriffen. Es wird der Versuch unternommen, eine Grundlegung für die Veränderung von inner-universitären Entscheidungsprozessen, Handlungsabläufen und Organisationsstrukturen zu schaffen, die nicht nur bruchstückhaft auf Haushaltsrecht und Haushaltsgebaren oder auf die Zumessung von Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenzen beschränkt ist.

Ausgangspunkt für die Entwicklung solcher grundsätzlicher Überlegungen war die Schlußthese aus den zehn Thesen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik. Danach ist der Erfolg von Reformmaßnahmen davon abhängig, daß die Hochschulen in die Lage versetzt werden, Reformziele aufzugreifen und autonom umzusetzen. Hochschulautonomie und Eigenverantwortlichkeit in diesem Sinne verlangen nach einem entscheidungsfähigen Hochschulmanagement.

Diese Anforderungen lassen sich dann verwirklichen, wenn von der bisher in der Gestaltung der Universitätsorganisation vorherrschenden bereichsorientierten Betrachtungsweise Abstand genommen wird. Die Aufgabenrealisierung der Universität ist richtigerweise zu verstehen als Abfolge von auf die Herbeiführung von Handlungsabläufen gerichteten Entscheidungsprozessen, die von einer entsprechend leistungsfähigen Organisation gesteuert werden müssen.

a) Entscheidungsverfahren

Die Entscheidungsfindung einer Universität muß von einer strategischen Universitätspolitik getragen werden. Die Entscheidungsstruktur wird nur dann die Anforderungen der Reformvorschläge berücksichtigen, wenn sie eine strategische Universitätspolitik ermöglicht.

Die wichtigsten Entscheidungsprozesse einer Universität zielen auf die Ergänzung des wissenschaftlichen Personals, die ständige Verbesserung des Lehrangebots und die Erfolgskontrolle von Lehre und Forschung, die Fortführung, Ausweitung und/oder Reduzierung bestehender Lehr- und Forschungsprogramme sowie den Einsatz und die Kontrolle der Verwendung der finanziellen, personellen und sächlichen Ressourcen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß Entscheidungskompetenz problemabhängig richtig angesiedelt ist.

Die für die Entscheidungsfindung erforderlichen Informationen sind sachgerecht aufzubereiten und transparent verfügbar zu machen.

Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung sind auf die jeweiligen Erfordernisse der Universitätsleistungen der Universitätsmitglieder abzustellen.

Das Entscheidungsverfahren und die mit diesem angestrebte Entscheidung müssen miteinander verknüpfen

- die individuelle wissenschaftliche Leistungsfähigkeit,
- die wissenschaftspolitischen Entwicklungslinien der Universität und
- die Haushaltsgegebenheiten der Universität selbst und des Staates als Träger der Universität.

Bei der Ausgestaltung des Entscheidungsverfahrens sind folgende Grundbedingungen zu erfüllen:

- Berücksichtigung des fachspezifischen Bedarfs an Ressourcen,
- Beachtung gesellschaftspolitischer Vorgaben,
- effiziente Nutzung der verfügbaren Haushaltsmittel.

Da für die inneruniversitären Mittel kein preisregulierender Markt besteht, ist es für den Erhalt der Flexibilität und der Fähigkeit, auf neue Aufgaben angemessen zu reagieren, unerlässlich, daß die Ausstattung der Grundeinheiten der Universität, der Lehrstühle, nicht über einmal getroffene Berufungs- und Ausstattungsvereinbarungen auf Dauer festgeschrieben wird. Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit im internen und externen Wettbewerb sind Berufungszusagen grundsätzlich nur auf Zeit, in der Regel fünf Jahre, zu geben. Für die Weitergewährung der Ausstattung sind über die grundlegenden Entwicklungslinien der Universität hinaus besondere Evaluierungsverfahren und Kriterien zu entwickeln, um sowohl den hochschulinternen Wettbewerb mit Auswirkungen auf die Ressourcenverteilung berechenbar zu machen, als auch die Akzeptanz getroffener Entscheidungen zu sichern. Diese müssen in einem transparenten Verfahren unter Einbeziehung externen Sachverständigen zu Aussagen über Qualität von Projekten, Einrichtungen und Veranstaltungen führen.

b) Handlungsabläufe

Eine Universität erfüllt ihre Aufgaben durch Leistungen in Forschung und Lehre. Das Universitätshandeln ist als ein Gesamtzusammenhang von Handlungsabläufen bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu sehen.

Die Flexibilität der Handlungsabläufe ist dadurch zu sichern, daß die Fraktionierung, eine fortschreitende Institutionalisierung und eine zunehmende längerfristige Ressourcenbindung, insbesondere auch an immer kleiner werdende Einheiten, vermieden werden.

Differenzierung paßt das Leistungsprofil der Universität den Fähigkeiten und Bedürfnissen ihrer Mitglieder an, geht auf die Anforderungen einer komplexen und differenzierten Gesellschaft ein und ist Grundvoraussetzung von Freiheit und Autonomie der Universität. Differenzierung ist somit ein evolutionärer Prozeß, der bei erfolgreichem Verlauf zur Stabilität der einzelnen Universität und des gesamten Universitätssystems beiträgt.

Wissenschaftliche Erkenntnis und Entwicklung entstehen im Spannungsverhältnis von hochspezialisierter und fachübergreifender Forschung. Kennzeichen moderner Forschung sind Spezialisierung, um die Grenzen des Erkennbaren zu erreichen und auszudehnen, sowie Trans- und Interdisziplinarität, um die Fragmentierung der Wissenschaft zu überwinden, die sich bis in die wissenschaftlichen Fachsprachen auswirkt. Ihre Grundlagen und Methoden zu entwickeln, mit ihrer Hilfe Wissen zu bewahren und zu erweitern und dies in der Lehre an die junge Generation zu vermitteln, sind zentrale Aufgaben der Universität. Die Universität hat sich dabei immer ihrer Aufgabe bewußt zu sein, den Studierenden eine auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft basierende Bildung und Ausbildung zu einem berufsbefähigenden Abschluß in einer am sorgsamsten Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen orientierten Studienzeit zu vermitteln.

Diese zuvor genannten zentralen Aufgaben einer Universität werden von der Universität Erfurt an exponierter Stelle in der Grundordnung als konkrete Ziele und Aufgaben definiert, an denen die Handlungsabläufe und Entscheidungen der Universitätsorgane, Amtsträger und jedes Mitgliedes auszurichten sind bzw. gemessen werden können. Da sich die Universität Erfurt konkrete Zielvereinbarungen vorgibt, werden sich diese nicht in der Wiedergabe der Hochschulaufgaben des Thüringer Hochschulgesetzes erschöpfen. Mit der ausdrücklichen Zielvereinbarung verpflichtet sich vielmehr die Universität, und damit auch jedes Mitglied, zu ständiger Selbstkontrolle. Diese wird durch eine den gleichen Zielen verpflichtete Organisationsstruktur der Universität unterstützt.

c) Organisationsstruktur

Notwendig ist die Aufteilung der Handlungsabläufe und Entscheidungsvorgänge in Grundsatzfestlegungen und darauf gestützte Einzelfallentscheidungen. Die Erarbeitung der Grundsätze ist auf der jeweiligen Uni-

versitätsebene von einem Kollegialorgan zu verantworten, die konkreten Einzelfallentscheidungen aber werden vom zuständigen Leitungsorgan verantwortet. Diese Verlagerung der Einzelfallentscheidungen vom Kollegialorgan auf den Rektor oder Dekan führt bei gleichzeitiger Verlängerung der Amtszeit zur Erweiterung der Kompetenz und Stärkung der Verwaltungskraft der Exekutivorgane der Universität. Die Qualität von Entscheidungen kann darüber hinaus durch die Einbeziehung von hochschulexternen Sachverständigen bei der Entscheidungsvorbereitung verbessert werden.

Die Universitätsorganisation hat den Erfordernissen von Schwerpunktbildung, im Sinne von Prioritätensetzung und Spezialisierung, Interdisziplinarität und flexibler Anpassung an wechselnde Bedürfnisse im gesellschaftlichen Umfeld Rechnung zu tragen. Sowohl in Fachstruktur als auch in Entscheidungsstruktur muß die Universität schnell reagieren können, wenn die Veränderung der Umweltbedingungen dies erfordert.

Die Autonomie erlaubt es der Universität, ihre Aufgaben in der Forschung selbst zu bestimmen und ihre Produkte in der Lehre unter Beachtung der bundesweit vereinbarten und gesetzlich festgelegten Qualitäts- und Vergleichbarkeitsstandards selbst zu definieren. Mit einem selbstdefinierten Profil hat sich die Universität dem Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Reputation, Wissenschaftler, Studierende sowie öffentliche und private Mittel zu stellen. Dies erfordert die Übernahme von Verantwortung durch die Setzung von Prioritäten und Posterioritäten. Erfolge wie Fehler müssen Personen und Einrichtungen in jeweils entsprechender Weise zugerechnet und dürfen nicht sozialisiert werden.

Wettbewerb impliziert Differenzierung auch in Strukturfragen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Universität Erfurt setzt daher auch voraus, daß die Universität in ihrer Aufbau- und Handlungsstruktur von dem im Thüringer Hochschulgesetz vorgegebenen Modell abweichen kann.

Durch ein vom Thüringer Landtag am 23. Dezember 1993 (GVBl. S. 889) verabschiedetes Gesetz ist die Universität Erfurt juristisch mit Wirkung vom 01. Januar 1994 errichtet worden. Zugleich wurde in dieses Gesetz eine Experimentierklausel aufgenommen. Zur Erprobung neuartiger Strukturen für die Hochschulen des Landes kann die Landesregierung von einer Reihe von Bestimmungen des Thüringer Hochschulgesetzes abweichende Regelungen für die Universität Erfurt treffen. Diese Regelungen werden die Grundlage dafür bilden, daß die Grundordnung der Universität Erfurt folgende Bestimmungen enthalten kann:

Die Leitung der Universität wird so organisiert, daß sie die finanz- und stellenwirksamen Entscheidungen für die Universität, entsprechend den Grundsätzen des Senats, treffen kann. Dies schließt die Haushaltsaufstellung und die Verteilungsentscheidungen nach Maßgabe staatlicher Vorgaben ein. Dem Rektor kommt dabei ein Initiativrecht für Budget, Programme und Ressourcen zu.

Dem Senat kommt in Haushaltsangelegenheiten die Rolle eines Grundsatz- und Aufsichtsgremiums zu. Er entscheidet abschließend über akademische Angelegenheiten wie Prüfungs- und Studienordnungen, aber auch über Berufungsvorschläge, Vorschläge für die Wahl des Rektors und des Kanzlers sowie den Entwicklungsplan der Universität und die Kriterien der Schwerpunktbildung und Evaluation.

Diese für die Zentralebene anzuwendenden Grundsätze werden mit entsprechenden Modifikationen auch auf die Ebene der Fakultäten übertragen.

Die Verwaltung der Universität wird so organisiert, daß sie Verwaltungsunterstützung dort leistet, wo die Leistungserstellung anfällt. In der Zentralverwaltung werden daher nur die Aufgabenbereiche angesiedelt, die für die gesamte Universität gleichmäßig, unabhängig von der konkreten Aufgabenstellung, zu erledigen sind oder die nur auf Universitätsebene wirtschaftlich erfüllt werden können.

Entscheidende Kriterien für zentrale oder dezentrale Aufgabenverteilungen sind:

- sachgerechte Erfüllung von Aufgaben,
- Entlastung der Wissenschaftler von wissenschaftsfremden Angelegenheiten,
- kurze Informations- und Entscheidungswege,
- Vermeidung von Doppelarbeit,
- schlanke Administration.

Dies ist sowohl beim Aufbau als auch in der weiteren Entwicklung der Universität in angemessenen Abständen anhand der regelmäßigen Leistungsberichte der Einrichtungen zu überprüfen.

Diese Gestaltung der Organisationsstruktur wird dazu beitragen, daß die Universität sich als Gesamtheit die Frage nach ihrem Standort stellt, insbesondere in bezug auf ihren wissenschaftlichen Standard und ihre Anzie-

hungskraft auf Wissenschaftler und Studenten, und daß sie definiert, wo dieser Standort in jeweils fünf oder zehn Jahren sein soll, damit sie sich nicht sicherer Erfolgchancen begibt und einen Qualitätsverlust riskiert.

2. Struktur und Aufbau der Universitätsbibliothek

Im Zentrum der Universität Erfurt stehen die Geisteswissenschaften und somit die buchintensiven Fächer. Der Aufbau einer funktions- und leistungsfähigen Universitätsbibliothek genießt erste Priorität und ist Voraussetzung für die Aufnahme des allgemeinen Studienbetriebs.

Die Universitätsbibliothek Erfurt wird nicht nur den speziellen Literaturbedarf einzelner Fachrichtungen und Forschungsschwerpunkte, sondern auch das interdisziplinäre Arbeiten mit einem breiten Angebot an Literatur und sonstigen Informationsmitteln berücksichtigen. Neben den Hochschulangehörigen steht allen interessierten externen Benutzern die wissenschaftliche Information und Literatur für Forschungszwecke zur Verfügung.

Die wichtigste Aufgabe der Universitätsbibliothek Erfurt besteht darin, durch weitgehende Zugänglichkeit der Bestände in Freihandaufstellung, verbunden mit großzügigen Öffnungszeiten und fachkundiger Informationsvermittlung, einen guten Benutzungsservice anzubieten.

An der Universität Erfurt wird ein einschichtiges integriertes Bibliothekssystem eingeführt. Die Universitätsbibliothek umfaßt alle bibliothekarischen Einrichtungen der Universität in einer Betriebseinheit. Das bedeutet, daß alle bibliothekarischen Einrichtungen, die gesamte Bucherwerbung, Buchbearbeitung und Benutzung zentral verwaltet werden.

Zugunsten des interdisziplinären Konzepts der Universität Erfurt wird die Universitätsbibliothek in ihrem Neubau auf dem Campus alle Fachgebiete unter einem Dach versammeln. Es wird keine Fachbereichs- oder Institutsbibliotheken geben, sondern eine zentrale Bibliothek mit weitgehender Freihandaufstellung der Bücher und Zeitschriften. Die Bibliothek bietet einen breiten Zugang zu den elektronischen Informationsquellen, die lokal vorgehalten werden oder im Internet erreichbar sind. Sie ist eng verbunden mit allen Einrichtungen der Universität, die sich mit dem Bereich audiovisuelle Medien, Informationstechnologie und -vermittlung im weitesten Sinne befassen (Library and Learning Resources). Die Bestände der Universitätsbibliothek werden nach Möglichkeit präsent gehalten, damit sie für Forschung und Studium jederzeit verfügbar sind. Auch die Dauerleihgaben und Geschenke, die in den Bestand der Universitätsbibliothek über-

nommen werden, sind für die Benutzung frei zugänglich. Auskunft über die Bestände erhält der Benutzer durch ein elektronisches Katalog- und Bestellsystem (OPAC), das durch Vernetzung nicht nur in der Bibliothek, sondern auch von den Institutsräumen auf dem Campus und gegebenenfalls vom häuslichen PC aus zugänglich ist. Eine gute Ausstattung mit Leseplätzen, Carrels und Gruppenarbeitsräumen sowie großzügige Öffnungszeiten (7-24 Uhr) gehören zu den notwendigen Voraussetzungen einer Bibliothek, die nicht nur ein Fundus für die Literaturversorgung der Universität, sondern vielmehr selbst ein Ort der Forschung und des Studiums ist.

Das EDV-System der Universitätsbibliothek Erfurt umfaßt die Arbeitsbereiche Verwaltung, Erwerbung, Katalogisierung, Ausleihe und Fernleihe, Online-Publikumskatalog und Benutzung externer Informationsquellen.

Das Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat sich Anfang 1993 für den Anschluß der wissenschaftlichen Bibliotheken in Thüringen an den Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) mit Sitz in Göttingen entschieden. Die Landeskonzeption sieht somit auch die Verwendung des PICA-Bibliothekssystems (PICA = Project for Integrated Catalog Automation) vor. Die Universitätsbibliothek beteiligt sich deshalb am Göttinger PICA-Verbund. Außerdem nimmt sie lesenden Zugriff auf den Bayerischen Verbund, um die Sacherschließungsdaten der Regensburger Aufstellungssystematik als Fremddaten zu nutzen.

Die interne Arbeitsorganisation der Bibliothek orientiert sich weniger an traditionellen Arbeitsbereichen (Erwerbung, Katalogisierung, Benutzung) als vielmehr an Arbeitsabläufen, die durch den durchgehenden Einsatz des PICA-Systems (von der Bestellung bis zur Bereitstellung des Buches) bestimmt werden. Auf kontinuierliche Schulung und Fortbildung des Bibliothekspersonals wird besonderer Wert gelegt.

Der zukünftige Buchbestand der Universitätsbibliothek, der bis zum Jahr 2020 auf ca. 1,9 Mio Bände anwachsen wird, enthält neben dem Bestand der Bibliothek der PH Erfurt (bis 2002 voraussichtlich 376.000 Bände) auch ca. 377.000 Bände Dauerleihgaben und Geschenke. Hierzu zählt die in Aussicht gestellte Übernahme von Beständen, die derzeit Bestandteil der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek sind, u.a. die Bibliotheca Amploniana aus dem Bestand der alten Universität Erfurt. Von großer Bedeutung für den Bestandsaufbau sind auch die kirchlichen Dauerleihgaben: So hat die evangelische Kirche der Union die ca. 142.000 Bände umfassende Bibliothek der Kirchlichen Hochschule in Naumburg als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt. Ebenfalls übernommen wird die Bibliothek des Erfurter Philosophisch-Theologischen Studiums (katholische Theologie) mit ca. 200.000 Bänden.

Die Benutzbarkeit der übernommenen Altbestände wird durch die Integration in den fächerübergreifenden Bestand der Universitätsbibliothek wesentlich erhöht. Sie gewinnen damit an wissenschaftlicher Bedeutung. Vor allem die in Aussicht gestellten Sammlungen aus der alten Erfurter Universität bilden eine enorme Bereicherung des wissenschaftlichen Arbeitsmaterials.

Für die Universitätsbibliothek wird ein zentrales Gebäude errichtet, das unter einem Dach sowohl die Bearbeitungszentrale als auch sämtliche Medienbestände (Bücher, Zeitschriften, Neue Medien) vereint. Dieses Gebäude ist für einen Gesamtbestand von 1,9 Mio Bänden bis zum Jahr 2020, für 86 Mitarbeiter und für 4.000 Studenten ausgelegt. Hinzu kommen die Wissenschaftler der Universität sowie die externen Benutzer aus der Stadt und Region Erfurt.

Das Raumprogramm für den Bibliotheksbau sieht 16.364 m² HNF in zwei Bauabschnitten vor. Der erste Bauabschnitt (9.484 m² HNF) ist ausgerichtet auf die Bedürfnisse einer fächerübergreifenden Zentralbibliothek mit Bearbeitungszentrale. Ein zweiter Bauabschnitt wird notwendig, um weitere Leseplätze schaffen und den Zuwachs an Büchern und Zeitschriften aufstellen zu können. Die baulichen Erweiterungen betreffen daher vor allem den Lese- und Freihandbereich sowie das Magazin. Für den Fall eines späteren Bedarfes ist die Erweiterbarkeit durch einen dritten Bauabschnitt vorgesehen.

Der Wissenschaftsrat hat das Bibliothekskonzept in einer Stellungnahme zur bibliothekarischen Versorgung der Universität Erfurt und zum geplanten Neubau der Universitätsbibliothek befürwortet und in seinem innovativen Kernanliegen, wie bereits im Votum zur Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis, besonders bestärkt.

3. Bauplanung

Im Blick darauf, daß die Pädagogische Hochschule Erfurt in Innenstadtnähe auf einem in sich geschlossenen Gelände untergebracht ist, sie außerdem über einen relativ umfangreichen Raumbestand verfügt und im Anschluß an das Gelände der Pädagogischen Hochschule Bauerweiterungsland vorhanden ist, wurde nach Abwägung der möglichen Alternativen festgelegt, daß die Universität Erfurt am Standort der Pädagogischen Hochschule angesiedelt werden wird.

Eine mögliche Alternative war in erster Linie die Unterbringung der Universität in historischen Altstadtgebäuden. Gegen eine solche Lösung sprachen sowohl finanzielle als auch universitätsbetriebliche Gründe. Der Wiederaufbau oder die Nutzbarmachung von historischen Gebäuden hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Investitionskosten allein dem Freistaat Thüringen aufgebürdet, da die Mitfinanzierung von Denkmalpflegemaßnahmen im Verfahren des

Hochschulbauförderungsgesetzes ausgeschlossen ist. Hinzugekommen wäre der Verzicht auf die finanziellen Einsparungen, die durch die künftige Nutzung der Gebäude der Pädagogischen Hochschule zu erzielen sind. Erfahrungsgemäß ist durch eine innerstädtische Streusiedlung der Universität die Zusammenarbeit der Fächer untereinander mindestens erschwert wenn nicht völlig ausgeschlossen, was dem für die Universität Erfurt vorgesehenen Arbeitsprinzip diametral zuwiderliefe.

Zur Vorbereitung der Integration des Baubestandes der Pädagogischen Hochschule Erfurt in die künftige Gesamtbebauung der Universität, zur Festlegung eines Gesamtbauplans für die Universität sowie für die bauliche Planung des ersten für die Universität zu errichtenden Gebäudes, der Universitätsbibliothek, wurde im Sommer 1994 ein Realisierungswettbewerb "Universitätsbibliothek" kombiniert mit einem städtebaulichen Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Auslober war der Freistaat Thüringen in Zusammenarbeit mit der Stadt Erfurt.

Als Universitätsprogramm wurde den Wettbewerbsteilnehmern vorgegeben, daß die Universität auf 6.000 Studienplätze als geisteswissenschaftliche Universität ausgelegt ist und daß Differenzierungen und Ergänzungen über das Konzept des Strukturausschusses hinaus im Ermessen der Universität liegen werden. Ferner sei vorgesehen, in Erfurt fakultätsübergreifende Schwerpunktbildungen mittelfristiger Dauer in der Forschung zu organisieren. Die wechselnden Forschungsaufgaben und Forschungsthemen werden unterschiedliche und wechselnde Kooperationsformen der beteiligten Fakultäten und Institute bedingen. Das integrative und zukunfts offene Grundanliegen der Universität erfordert daher für die weiteren Planungen auch in baulicher Hinsicht ein Höchstmaß an Flexibilität. Dieses Konzept finde seinen Niederschlag auch in der zentral und einheitlich organisierten Bibliothek. Ihre Funktionsfähigkeit setze ein zweckdienliches Gebäude in zentraler Lage des Universitätscampus voraus. In der Konsequenz dieser Grundangaben wurden für den Wettbewerb zum Raumprogramm der Universitätsbibliothek detaillierte quantitative sowie qualitative und zur städtebaulichen Planung der Fakultäten nur globale Angaben zu Flächen und Studienplätzen gemacht.

Die Wettbewerbsentscheidung fiel am 01. März 1995. Der erste Preis wurde dem Architekturbüro Koch und Partner (München) zuerkannt. Die besondere Stärke dieses Entwurfs war, daß eine ausgezeichnete Lösung für die Funktionsfähigkeit des Bibliotheksgebäudes in sich und in seiner baulichen Verknüpfung mit den Fakultätsgebäuden vorgeschlagen wurde. Das Bibliotheksgebäude wird bei der Verwirklichung dieses Vorschlages als erstes Gebäude der Universität seiner Funktion als Kristallisationspunkt der künftigen Entwicklung der Universität gerecht werden und darüber hinaus die Verknüpfung der Pädagogischen Hochschule mit den neuen Institutsbauten sowie als öffentliche Einrichtung auch die Verbindung zur Stadt herstellen.

Die frühe Entscheidung zum weiteren bauplanerischen Geschehen schaffte die solide Grundlage dafür, daß mit Aussicht auf Erfolg das Zustimmungsverfahren zum Bau des Bibliotheksgebäudes beim Wissenschaftsrat eingeleitet und durchgeführt werden konnte.

IV. Aufnahme in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes

Der Antrag des Landes zur Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis nach § 4 HBFG wurde dem Wissenschaftsrat im Februar 1994 mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Er beschrieb das Gründungsvorhaben im Kontext der Hochschul- und Finanzplanung des Landes und schilderte ausführlich die geplante Aufbaufolge im Rahmen eines qualitäts- und ereignisorientierten Konzepts. Ein besonderes Augenmerk galt der Universitätsbibliothek als Herzstück einer geisteswissenschaftlichen Hochschule sowie der geplanten Ablauf- und Aufbauorganisation als entscheidendem Faktor zur Realisierung des verfolgten Qualitätskonzepts.

Der Antrag sah vor, die Universität Erfurt in Stufen und Abschnitten zu errichten. Als erste Baumaßnahme war die Errichtung des ersten Bauabschnitts der Universitätsbibliothek als wesentliche Voraussetzung zur Aufnahme des allgemeinen Studienbetriebs vorgesehen. Die Baukosten für die Universität insgesamt wurden nach den Preisen von 1993 auf ca. 320 Mio DM veranschlagt. Die laufenden Kosten wurden bei ca. 800 geplanten Mitarbeitern im Endausbau mit 70 bis 80 Mio DM jährlich angesetzt.

In dem intensiven und ungewöhnlich langwierigen Dialog mit dem Wissenschaftsrat, der sich auch externer Interventionen zu erwehren hatte, spielten Aspekte der Landesplanung und der Finanzierung eine zentrale Rolle. Nachdem die aus den Wahlen vom Oktober 1994 hervorgegangene Landesregierung für die mittelfristige Hochschulplanung des Landes unter anderem im Personalbereich eine gefestigte Planungsgrundlage geschaffen hatte, war der Weg frei für die im November 1995 verabschiedete positive Stellungnahme des Wissenschaftsrates. Das Votum des Wissenschaftsrates zur Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis bestätigte auch: die Sanierung und der Ausbau der bestehenden Hochschulen sind gesichert, der verlangte weitere Aufbau eines leistungsfähigen Fachhochschulsektors ist gewährleistet.

Der Wissenschaftsrat unterstützt mit seinem Votum nachdrücklich das ereignisorientierte Aufbaukonzept für die Universität. In einer ersten Aufbaustufe bis zum

Jahr 2005 sind zunächst vier Fakultäten mit bis zu 4000 flächenbezogenen Studienplätzen vorgesehen. Der allgemeine Studienbetrieb soll erst nach der Realisierung der erforderlichen baulichen und personellen Grundlagen aufgenommen werden. Hierzu zählt insbesondere eine funktionsfähige Universitätsbibliothek, deren erste Baustufe vor Aufnahme des Lehrbetriebs abgeschlossen sein soll. Bis dahin sollen als weitere zwingende Voraussetzung 30 bis 40 Wissenschaftler auf die profilbildenden Eckprofessuren berufen sein.

Nach Urteil des Wissenschaftsrates bereichert die Universität Erfurt mit dem angestrebten kulturwissenschaftlichen Profil das Hochschulsystem in Deutschland um innovative Aspekte. Es knüpft an neuere Diskussionen zu einer kulturwissenschaftlichen Orientierung der Geisteswissenschaften an, durch die disziplinäre Abgrenzungen überwunden und in Forschung und Lehre ein integrativer Ansatz verfolgt werden soll.

Der Wissenschaftsrat hat in Unterstützung des kulturwissenschaftlichen Konzepts der Universität Erfurt empfohlen, den Aufbau einer übergreifenden Philosophischen Fakultät (Kultur- und Sozialwissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften) an den Beginn des fachlichen Aufbaus zu stellen. Im Anschluß soll, wie vom Land geplant, eine gemeinsame Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät errichtet werden, die ebenfalls ein spezifisch kulturwissenschaftliches Profil entwickeln soll. In der disziplinären Feinstruktur der Fakultäten sollen Disziplinen mit fachübergreifendem Charakter einen bevorzugten Platz einnehmen, so Historische Anthropologie und Kulturtheorie, Komparatistische Literaturwissenschaft, Medienwissenschaft, Allgemeine und Vergleichende Religionswissenschaft sowie Historische und Empirische Wissenschaftsforschung.

Nach Abschluß des Aufbaus der beiden Gründungsfakultäten kann eine Fakultät für Erziehungswissenschaften das fachliche Spektrum ergänzen. Der Wissenschaftsrat hat in diesem Zusammenhang eindringlich gefordert, die Übernahme von Aufgaben und Potentialen der PH Erfurt an die Universität frühestens zwei Jahre nach der Aufnahme des allgemeinen Studienbetriebs an der Universität einzuleiten. Der Errichtung einer Fakultät für Katholische Theologie als einzige dieser Ausrichtung in den neuen Ländern wurde zugestimmt. Evangelische Theologie soll aufgrund von Überkapazitäten an benachbarten Hochschulen vorerst nur mit einer Professur innerhalb der Philosophischen Fakultät vertreten sein.

Als Besonderheit hat der Wissenschaftsrat das Konzept des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien gewürdigt und das Land in seinem Bestreben bestärkt, das Kolleg über die Empfehlungen des Strukturausschusses hinausgehend als zentrales Steuerungselement für die Forschungsorganisation und die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Universität zu eta-

blieren. Das Kolleg soll nunmehr auch über mittelfristige Schwerpunktsetzungen die fakultätsübergreifende Forschung organisieren und fördern. Es verbindet dies mit der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen interdisziplinär geprägter Graduiertenkollegs. Als erste Forschungsschwerpunkte sind in Anlehnung an Arbeitsfelder Max Webers vorgesehen:

- "Religion und Wissenschaft als Kulturmächte", wobei in diesem Forschungsfeld einerseits Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsforschung (einschließlich Humanismusforschung und empirischer Wissenschaftsforschung) und andererseits Religionskulturforschung (einschließlich Geschichte und Bedeutung des Konfessionalismus, Konkurrenz von Religion und Wissenschaft etc.) einzubeziehen sind.
- "Wechselwirkungen von Institutionen und Kulturen in Transformationsprozessen". Hier überlappen und ergänzen sich vergleichende Studien zur Transformation in Mittel-Ost-Europa (auch durch Betonung von Zeitgeschichte und Migrationsforschung) sowie zur Verfassungsentwicklung und Ordnungspolitik und schließlich die Fragestellungen einer Verwaltungsforschung, die neuere Theorieansätze wie Constitutional Design und Institutional Economics aufnimmt.

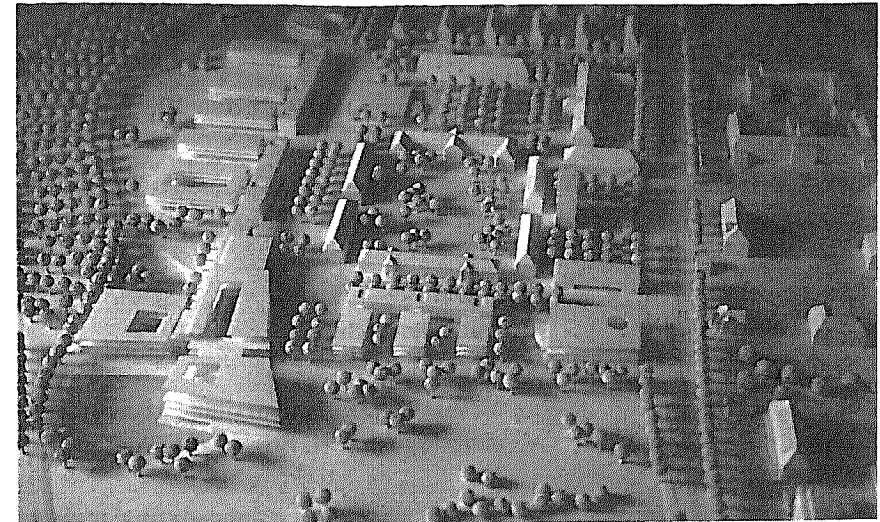
Alle diese Themen verlangen nach einer vergleichenden Perspektive.

Als wesentliches profilbildendes Element der Universität Erfurt unterstützt der Wissenschaftsrat die Absicht zur Reorganisation des studentischen Lernens durch geeignete Übernahme von Elementen angloamerikanischer Universitäten wie verbindliche Curricula und Studiendauer, kumulatives Prüfungssystem und die Trennung von berufsbildendem Studium und forschungsorientierter Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ein besonderer Innovationsauftrag erging zur Neugestaltung des juristischen Studiums.

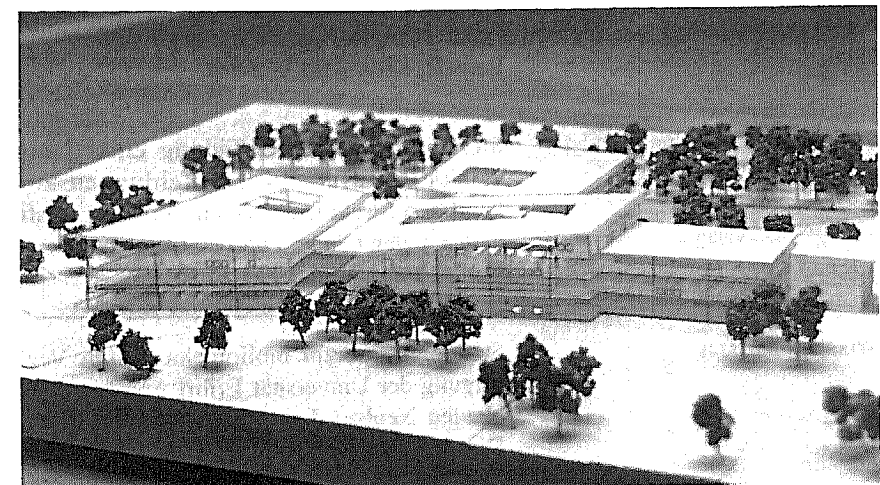
Nach Einschätzung des Wissenschaftsrates wird die Universität Erfurt mit der angestrebten neuartigen Lehr- und Forschungsorganisation erfolgreich ein eigenes, insbesondere kulturwissenschaftliches Profil entwickeln, "das geeignet ist, auf Forschung und Lehre in bestehenden Universitäten zurückzuwirken, wie es mit Blick auf den Stand und die notwendige Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften notwendig ist".

Entwürfe zur baulichen Gestaltung der Universität Erfurt

Das Architekturbüro Koch und Partner (München) errang den 1. Preis des europaweiten Wettbewerbs zur städtebaulichen Gestaltung des künftigen Universitätsgeländes an der Nordhäuser Straße sowie des Realisierungswettbewerbs zur Universitätsbibliothek.



Modell Campusgelände



Modell Universitätsbibliothek

Literatur und Materialien

Thüringer Hochschulgesetz	(ThürHG) vom 07. Juli 1992 (zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes vom 03. Mai 1996, GVBl. für den Freistaat Thüringen. Nr. 6, S. 49)
TMWFK* (Hrsg.)	Landeshochschulplan, Erfurt 1996
TMWK (Hrsg.)	Empfehlungen des Strukturausschusses der Gründungskommission der Universität Erfurt, Erfurt 1994
TMWK (Hrsg.)	Landeshochschulplan, Erfurt 1992
TMWK (Hrsg.)	Neues Wagen. Universität Erfurt. Gründungsfestakt 1994, Erfurt 1994
Wissenschaftsrat	Stellungnahme zur Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes, in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1995, Band II, Köln 1996, S. 55 ff.
Wissenschaftsrat	Stellungnahme zur Gründung einer Universität in Erfurt, in: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil I, Köln 1992, S. 161 ff.
Wissenschaftsrat	Stellungnahme zur bibliothekarischen Versorgung der Universität Erfurt und zum geplanten Neubau der Universitätsbibliothek, Drs. 2633/96, Berlin, 12.07.1996

Wissenschaftsrat

10 Thesen zur Hochschulpolitik,
Drs. 1001/93, Berlin, 22.01.1993

Wolff, Klaus D.

Universitäre Forschung und ihre Organisation in der Praxis - Beispiel Universität Bayreuth, in: Beiträge zur Hochschulforschung, 1995, Heft 2, S. 123 ff.

Wolff, Klaus D.

Vision und Beharrlichkeit. Zur bildungs- und raumpolitischen Bedeutung der Universität Bayreuth, in: Bayreuth, Aus einer 800jährigen Geschichte, Hrsg.: Rudolf Endres, Köln Weimar Wien 1995, S. 1-18

* Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (TMWFK),
vormals Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (TMWK)

Wolff, Klaus Dieter (Hrsg.)

Qualitätskonzepte einer Universität

Differenzierung, Effektivierung und Vernetzung

1995 · 3-89129-540-5 · 108 S., kt. · DM 28,50 · SFr 28,50 · ÖS 222,- (Erfurter Beiträge zur Hochschulforschung und Wissenschaftspolitik, hg. von Wolff, K. D., Bd. 1) · iudicium Verlag

Der Band enthält Beiträge von: Karl Alewell, Claudius Gellert, Wilhelm Krull, Josef Lange, Elmar J. Sinz, Klaus Dieter Wolff, Michael Zöller.

Die lesenswerte Studie sucht und gibt praktische Antworten auf die Frage, wie ein hoher Standard von wissenschaftlichen Leistungen erreicht und bewahrt werden kann. (Ernst-Joachim Meusel, "Wissenschaftsrecht").

Wolff, Klaus Dieter (ed.)

Autonomy and External Control

The University in Search of the Golden Mean

Im Druck, erscheint 1996 · 3-89129-541-3 · ca. 220 S., kt. · ca. DM 38,- (Erfurter Beiträge zur Hochschulforschung und Wissenschaftspolitik, hg. von Wolff, K. D., Bd. 2) · iudicium Verlag

The subtitle clearly implies that it is not simply a matter of either/or, but a case of finding the right balance. The starting point suggests that the closer this proportion approximates to the "golden mean", the better it will be for the university to be able to fulfil its tasks in research and education and its other commitments to society. However, exactly how the university will search for, find and eventually adopt its ideal position with regard to its political, social economic and cultural roles in its spheres of influence, is for each university to decide for itself: universities in European democracies are called upon to carry out this venture for themselves.

The group offering contributions to the volume comprises of leading representatives from universities in central eastern Europe as well in central and western Europe.

The enclosed Erfurt Declaration on University Autonomy unanimously adopted by the reporting national representatives draws outlines of the responsible university of the 21st. century.

Herausgegeben von der

Universität Erfurt
Krämerbrücke 9-11
99084 Erfurt

Telefon: 0361/59886-0
FAX: 0361/59886-40

Redaktion: Peter Hanske unter Mitarbeit von Bernhard Becher,
Gertraud Busch, Angela Hanske, Gregor Herrmann,
Jens Panse und Regine Solle

Erfurt, Oktober 1996

Druck: Druckerei Wittnebert, Erfurt

Die Universität Erfurt dankt dem Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung für die Zustimmung zum gleichzeitigen Abdruck dieses für Heft 3/1996 der "Beiträge zur Hochschulforschung" verfaßten Textes.

Nachdruck und Verwendung in elektronischen Systemen - auch auszugsweise - nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Autors.